



HERZLICH WILLKOMMEN

Pressekonferenz der SVP Basel-Stadt

11.09.2015



Agenda

1. Begrüssung
2. Vorstellung der beiden kantonalen
Volksinitiativen
3. Fragen

1. Begrüssung

Nationalrat **Dr. Sebastian Frehner**

Parteipräsident



Die SVP Basel-Stadt freut sich, Ihnen heute die Lancierung zweier kantonaler Volksinitiativen bekanntzugeben.

2. Vorstellung der beiden kantonalen Volksinitiativen



2a. Einbürgerungsinitiative

Lorenz Nägelin

Grossrat u. Fraktionspräsident



Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern (Einbürgerungsinitiative)»

Ja zu einer Verschärfung der Einbürgerungspraxis!

Die Initiative stellt sicher, dass nur noch eingebürgert werden kann, wer den Schweizer Pass auch verdient. Faire Richtlinien schaffen Transparenz bei der Vergabe des Schweizer Passes.

Keine Einbürgerung von Sozialhilfeempfängern!

Bezogene und nicht zurückbezahlte Sozialhilfegelder stellen heute oft kein Hindernis dar. Künftig soll in der kantonalen Gesetzgebung klar geregelt werden, dass unter solchen Umständen keine Einbürgerung möglich ist.

Somit herrscht Klarheit, Transparenz und ein faires Verfahren ist gewährleistet und garantiert – für den Antragssteller wie auch für die Schweizer Bevölkerung.

Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern (Einbürgerungsinitiative)»

Kein Einbürgerung von Kriminellen

Die Initiative stellt zudem sicher, dass keine Personen eingebürgert werden, die wegen einer Straftat von mindestens einem halben Jahr verurteilt worden sind.

Keine Einbürgerung ohne Niederlassungsbewilligung

Heute werden oft Personen eingebürgert, die über gar keine Niederlassungsbewilligung verfügen und z.B. nur vorläufig aufgenommen sind. Die Initiative verlangt, dass dies künftig nicht mehr möglich ist.

Kein Rechtsanspruch auf Einbürgerung

Die Initiative hält ausserdem fest, dass es keinen Rechtsanspruch auf Einbürgerung gibt – eine Einbürgerung kann also auch nicht gerichtlich durchgesetzt werden.

Somit stärkt die Initiative auch die Arbeit des Kantons und der Bürgergemeinde im Einbürgerungsverfahren, da klare und verbindliche Richtlinien gesetzlich festgeschrieben werden.

2a. Weshalb diese Initiative
wichtig ist

Eduard Rutschmann

Grossrat u. Vizepräsident



Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern (Einbürgerungsinitiative)»

Die Initiative verlangt nichts Unmögliches

Eine ähnlich lautende Initiative wurde im November 2013 im Kanton Bern deutlich angenommen. Das Bundesparlament hat zwischenzeitlich die entsprechenden Anpassungen in der Verfassung des Kantons Bern gutgeheissen.

Initiative schafft Klarheit

Mit der Initiative wird eine klarere Ausgangslage geschaffen. Im Gesetz ist bei einer Annahme festgeschrieben, wer sich einbürgern lassen kann und wer nicht. Damit muss auch keine Rücksicht genommen werden, auf etwaige Vorschläge des Bundesrates die sich erst in einer Vernehmlassung befinden.

Zudem sind durch da Wegfallen des Rechtsanspruches auf eine Einbürgerung die demokratischen Rechte gestärkt – nicht die Gerichte können über Einbürgerungen entscheiden. Denn für die SVP ist klar: Einbürgerungen dürfen kein Verwaltungsakt sein.

Die Initiative zeigt Wirkung

Erste Erfahrungen in Bern zeigen, dass die Initiative Wirkung zeigt:

Durchschnitt der Einbürgerungen bis 2013:	2'300 Einbürgerungen
2014:	1'025 Einbürgerungen

2b. Generationeninitiative

Dr. Sebastian Frehner

Nationalrat u. Parteipräsident



Volksinitiative «Schuldenabbau jetzt – Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder (Generationeninitiative)»

Schuldenstand Basel-Stadt: 7 Milliarden Franken!

Die Bruttoschulden des Kantons betragen per 2014 knapp 7 Milliarden Franken – also 35'000 Franken/Einwohner!

Zieht man von den Bruttoschulden das Finanzvermögen ab, verbleiben über 2 Milliarden Franken Nettoschulden. 2015 hat der Regierungsrat schon über 2.6 Milliarden Franken Nettoschulden budgetiert. Bis 2018 belaufen sich diese auf 4.1 Milliarden Franken.

Schluss mit der Schuldenwirtschaft!

Mit dieser unverantwortlichen Schuldenwirtschaft des Kantons muss endlich Schluss sein – die geltende Schuldenbremse gehört deshalb verschärft.

Volksinitiative «Schuldenabbau jetzt – Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder (Generationeninitiative)»

Runter mit der Schuldenquote!

Gemäss kantonalem Finanzhaushaltsgesetz darf die maximale Nettoschuldenquote heute 6.5 Promille betragen. Per Ende 2014 belief sie sich auf 3.0 Promille, für 2015 geht die Regierung von 4.0 Promille aus – Tendenz steigend.

Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Schuldenquote auf 5.5 Promille zu senken. So wird die Regierung frühzeitig zu einem nachhaltigen Handeln veranlasst und das weitere grenzenlose Anwachsen von Schulden und ausufernden Ausgaben eingedämmt.

Volksinitiative «Schuldenabbau jetzt – Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder (Generationeninitiative)»

Sparpakete die keine sind...

Die jetzigen Entlastungsmassnahmen des Kantons bewirken (noch) zu wenig. Lediglich die Ausgaben wachsen weniger stark an (statt 4,5% «nur» 1,5%).

Man gibt weniger aus, aber man gibt immer noch zu viel aus.

Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Schuldenquote auf 5.5 Promille zu senken. So wird die Regierung frühzeitig zu einem nachhaltigen Handeln veranlasst und das weitere grenzenlose Anwachsen von Schulden und ausufernden Ausgaben eingedämmt.

2b. Weshalb die Initiative so
notwendig ist

Tanja Steiner

Präsidentin SVP Frauen Basel-Stadt



Volksinitiative «Schuldenabbau jetzt – Schluss mit der Schuldenwirtschaft zu Lasten unserer Kinder (Generationeninitiative)»

Abbau von Schulden muss das Ziel sein

Gerade für Familien und für Jugendliche ist es zwingend notwendig, dass wir die Ausgaben unseres Kantons im Griff haben. Die Entwicklung der Kantonsausgaben und das Ansteigen der Schulden ist unfair gegenüber denjenigen, die morgen diese Schulden abtragen müssen.

Betroffen sind unsere Kinder!

Unsere Kinder sind bei einer unseriösen Schuldenpolitik die Leidtragenden, sie müssen diese Lasten in den kommenden Jahrzehnten tragen – durch einen Leistungsabbau wo es keinen erträgt (bspw. bei der Sicherheit) oder einem Anstieg der Steuern. Letztlich bleibt so dem einzelnen Bürger weniger am Ende des Monats – gerade für junge Familien eine grosse Herausforderung.

Ausgaben reduzieren

Deshalb ist das Reduzieren von Ausgaben zwingend. Wir müssen mit einer Fokussierung der Ausgaben die Schuldenquote senken können – nicht durch das Anheben von Steuern, Gebühren und Abgaben. Die Generationeninitiative gibt der Regierung diese Möglichkeit.

3. Fragen



**Herzlichen Dank für ihre
Aufmerksamkeit!**